



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/XI/57 - 14. Februar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 890

Der Weg nach Atom-Europa	S. 1
Nachwort zum Parteitag der italienischen Sozialdemokraten	S. 3
Reibungslose Familienzusammenführung/Eine Großtat des Roten Kreuzes	S. 5
Vor dem Mißtrauensantrag gegen Arnold	S. 7

Gemeinschaftliche oder private Atom-Energie?

sp. Die Bemühungen um eine gemeinsame europäische Atom-Konzeption entwickeln sich in gutem Tempo fort. Sie sind sozusagen auf drei Gleisen angelaufen, dem der interessierten Regierungen, einem, auf dem sich verwandte Organisationen verschiedener Nationalität - Parteien, Gewerkschaften und andere - bewegen, und auf dem Gleis der umfassenden Organisation des Europäischen Wirtschaftsrates, der OEEC. Natürlich gibt es vielerlei Annäherungen, aber es gibt auch Fragen, in denen man sich ziemlich weit voneinander entfernt hat.

Ein wichtiger Ausgangspunkt für diese Anstrengungen war die Messina-Entscheidung der sechs Außenminister der Montan-Union-Staaten vom 1. und 2. Juni 1955. In ihr hieß es, "daß die Schaffung des Vereinigten Europas durch die Entwicklung gemeinsamer Institutionen, die fortschreitende Verschmelzung der Nationalwirtschaften, die Schaffung eines gemeinsamen Marktes sowie die schrittweise Harmonisierung ihrer Sozialpolitik weiter verfolgt werden soll."

In diesem Vornabem ist die Frage der Behandlung des Atomproblems ein Kernstück. Besonders im Hinblick darauf haben in den letzten Monaten die Sachverständigen der von der Messina-Konferenz eingesetzten Regierungsausschüsse technische Fragen geprüft und dann die Ergebnisse den Außenministern vorgelegt. Diese haben nun in einer bemerkenswert kurzen Tagung am letzten Wochenende das Fazit gezogen. Es wurde - 2 -

beschlossen, eine europäische Atomgemeinschaft zu schaffen und mitgeteilt, dass man sich über deren Prinzipien geeinigt habe. Die Brüsseler Expertenausschüsse wurden beauftragt, den Rahmen dieser grundsätzlichen Übereinstimmung mit konkreten Vorschlägen auszufüllen, und zwar bis zum 15. März. Schon fünf Tage später wollen die Aussenminister dann erneut in Paris zusammentreten.

Was bisher über die Grundzüge der vorgesehenen Vereinbarung bekannt geworden ist, lässt ohne Zweifel den ernstesten Willen erkennen, in der Sache möglichst rasch vorwärtszukommen. Aber es gibt auch einige Hinweise, die schon jetzt Bedenken hervorrufen müssen. Man wird dessen gewahr, wenn man sich die gemeinsame Erklärung (samt ihrer Begründung) des "Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa", erarbeitet am 17. und 18. Januar in Paris, vor Augen hält. Es war dies eine Tagung von Vertretern aller wichtigen Parteien, Gewerkschaften und anderer wichtiger Organisationen aus den Ländern der Montanunion, die der Initiative des ersten Präsidenten der Montanunion, Monnet, entstammte. Die Erklärung wurde einstimmig angenommen und beschlossen, sie den Parlamenten der beteiligten Staaten zur Genehmigung vorzulegen.

Schon jetzt lässt sich übersehen, dass zumindest zwei ihrer wesentlichen Forderungen von den Regierungsgremien in Brüssel unberücksichtigt blieben: Erstens die Beschränkung des ganzen Planes auf die ausschliesslich friedliche Entwicklung der Atomenergie und zweitens die durch Gemeinschaftsmassnahmen (Genehmigungs- und Kontrollsystem) gesicherte weitgehende Ausschaltung der privaten Verfügungsgewalt über diese umwälzende neue Energiequelle und ihrer Anwendungsmöglichkeiten. Nach der Vorstellung des Aktionskomitees soll die Europäische Kommission für Atomenergie die notwendige eigene Autorität übertragen erhalten, sämtliche Kernbrennstoffe, die in den der Gemeinschaft angeschlossenen Ländern hergestellt oder in sie eingeführt werden, zu erwerben. Die Kommission soll auch das ausschliessliche Eigentum an den Kernbrennstoffen in jedem Stadium der Verarbeitung erhalten.

Ob Bestimmungen, die solchen Vorstellungen einigermaßen

entsprecher, in der Brüsseler Konzeption zu finden sein werden, muss nach allem, was bisher verlautete, bezweifelt werden. Im Gegenteil wird ausdrücklich vom "freien" Austausch der Erzeugnisse und Ausrüstungen der Atomindustrie gesprochen und es ist zu befürchten, dass sich in Brüssel das privatkapitalistische Interesse stark durchgesetzt hat. Das wäre äusserst gefährlich. - Im klaren Gegensatz zu der Pariser Erklärung steht auch der Hinweis, man wisse noch nicht, ob der Atomgemeinschaft auch die Herstellung von Atombomben übertragen werden soll. Diese Frage werde erst später durch die Aussenminister zu klären sein.

Andererseits ist eine Mitteilung zu begrüessen, dass auf diesem Gebiet die losen Formen der Zusammenarbeit, wie sie im Europäischen Wirtschaftsrat üblich sind, nicht ausreichen dürften. In diesem Punkt braucht man übrigens keineswegs irgendein Konkurrenzverhältnis zwischen Atomgemeinschaft und OEEC zu befürchten, vielmehr ist in dieser Frage eine Organisationsform durchaus denkbar, die im Rahmen dieser Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einen engeren Zusammenhang bildet. Vor allem aber wird man noch abzuwarten haben, welche Gedanken sich die Regierungen über die Möglichkeiten einer Hinzuziehung weiterer Staaten zu dieser Gemeinschaft im einzelnen machen. Das gilt vor allem für Grossbritannien und die skandinavischen Länder.

So hat man aus dem Kommuniqué über die Brüsseler Aussenministertagung wohl den Eindruck, dass die Regierungen und damit auch die Bundesregierung sich auf dem Wege nicht nur zu einem guten, sondern unerlässlichen Ziel befinden und sich darauf festgelegt haben, eben einer europäischen Atomgemeinschaft. Aber noch sind auch sehr wesentliche Einzelheiten unklar, ja bedenklich, von denen es abhängt, ob dieses Ziel wirklich erreicht werden kann. Deshalb wird man die weitere Entwicklung mit grösster Aufmerksamkeit zu verfolgen haben.

Italiens Sozialdemokraten blicken nach links

PE - Rom, Mitte Februar

Vor wenigen Tagen fand in Mailand der Jahreskongress der Sozialdemokratischen Partei Italiens statt, auf dem der bisherige Vorstand mit bedeutender Mehrheit neu bestätigt wurde. Zum Unterschied von mancher ihrer Vorgängerinnen nahm die Tagung diesmal einen auffallend friedlichen Verlauf, denn die Angriffe der oppositionellen Gruppen gegen die politische Linie der Direktion und ihres Vorsitzenden Giuseppe Saragat hielten sich in sehr gemässigten Grenzen.

Insbesondere aber stand derjenige Punkt, der auf früheren Parteikongressen zu heftigen Meinungsverschiedenheiten geführt hatte, diesmal praktisch überhaupt nicht zur Diskussion - die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung. Diese Teilnahme war schon darum nicht umstritten, weil die Regierung Segni - was bei den früheren Kabinetten keineswegs der Fall gewesen war - die parlamentarische Unterstützung der Nenni-Sozialisten genießt. Die Beteiligung der Sozialdemokraten an dieser Regierung kann also von Nenni und seinen Gefolgsleuten nicht - wie dies früher stets geschah - so ausgelegt werden, als seien Saragat und seine Mitarbeiter "Verräter an der Arbeiterklasse" und "Söldlinge kapitalistischer Interessen."

Auch dürfte die sozialdemokratische Führung auf dem diesjährigen Parteikongress mit vollem Recht auf einige sehr greifbare Erfolge hinweisen, die ausschliesslich ihrer Teilnahme an der Regierung zuzuschreiben waren, vor allem auf die "Legge Tremelloni", jenes kürzlich beschlossene neue Steuergesetz, das zum ersten Mal in der Geschichte Italiens energische Massnahmen gegen die grossen Steuerhinterzieher vorsieht. Dieses Gesetz, das gegen heftigste Widerstände vonseiten des Grosskapitals verwirklicht worden ist, konnte nur deshalb durch das Parlament gebracht werden, weil die Sozialdemokraten in der Regierung dies zur Bedingung für ihre weitere Mitarbeit gemacht hatten. Darüber hinaus verwies die Parteileitung auf die weitgehend den sozialdemokratischen Wünschen entsprechende Neufassung der Wahlgesetze sowie auf die wichtigen Fürsorge- und Arbeitsbeschaffungsprogramme der sozialdemokratischen Minister Vigorelli und Romita, die ohne Zweifel als bedeutende soziale Errungenschaften gewertet werden müssen.

Unter dem Eindruck dieser Darlegungen billigten sämtliche - 4 -

Strömungen des Turiner Kongresses einhellig die weitere Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung Segni, so dass diese Frage zumindest im Augenblick kein Problem mehr darstellt. Hingegen stand der Kongress diesmal vorherrschend im Zeichen der Debatten darüber, wie die italienische Sozialdemokratie mit der meisten Aussicht auf Erfolg der neuen Taktik Nenni und seiner Sozialfusionisten begegnen könne.

Bis vor wenigen Monaten ist ja die Rolle Nenni die eines unablässigen Verfechters maximalistischer Forderungen in sturer Opposition gegen jede Initiative der Regierung gewesen. Seit kurzem aber hat Nenni seine Taktik grundlegend geändert. Indem Nenni wie Togliatti regelmässig für alle sozial bedeutsamen Gesetzesanträge der Regierung Segni stimmte, erweckten sie bei den grossen Massen planmässig den Anschein, als seien diese Reformen einzig ihr Verdienst, nicht aber das der Sozialdemokraten, die sie in Wirklichkeit haben durchsetzen müssen. So sehen sich die letzteren vielfach in die Rolle einer Partei versetzt, die immer wieder genötigt ist, für ihre Rivalen die Kastanien aus der Feuer zu holen.

"Nicht die Sozialkommunisten sind es, die der Regierung das Gesetz des Handelns aufnötigen", hat freilich in diesem Zusammenhang der sozialdemokratische Parteichef und Vizeministerpräsident Saragat erklärt, "sondern wir sind es, die ihnen unsere Politik aufnötigen." Diese Darstellung mag weitgehend zutreffen, aber es wird nicht immer leicht sein, die Wählermassen davon zu überzeugen, dass die Dinge so und nicht umgekehrt liegen.

Alles in allem gewann man jedenfalls von dem Mailänder Parteitag den deutlichen Eindruck, dass für die Sozialdemokraten aller Richtungen die Hauptfrage die Verteidigung gegen den gefährlichen Druck bildet, dem die Partei vonseiten Nenni ausgesetzt ist. Und seit sich Nenni nicht mehr mit wütendem Donnerrollen, sondern mit lieblichen Schälmeien zu nähern sucht, sind die führenden Männer der italienischen Sozialdemokratie nur noch misstrauischer geworden. Denn sie, die ihre Widersacher aus langer, früherer Kampfgemeinschaft nur zu genau kennen, wissen am besten, welche Gefahren dem demokratischen Sozialismus gerade von dieser Seite her drohen.

Büchen - Tor der Hoffnung

nu, Lübeck

Der schleswig-helsteinische Zonengrenzbahnhof Büchen ist zu einem "Tor der Hoffnung" geworden. Das ganze Jahr 1956 hindurch werden dort monatlich vier bis sechs polnische Sonderzüge mit je rund 200 Deutschen eintreffen, die sich dafür entschieden haben, ihre alte Heimat jenseits von Oder und Neisse zu verlassen, um mit ihren Familienangehörigen in der Bundesrepublik zusammen zu leben. Ob ihnen jedoch die Fahrt durch das "Tor der Hoffnung" die Zukunft bringen wird, die sie von einem demokratischen Sozialstaat erwarten, wird von dem Ausmass der Hilfeleistungen der Bundesregierung abhängen.

Die Menschen, die in diesen Wochen meist aus Breslau und Schlesiens, oft aber auch aus Stettin und Pommern nach 16stündiger Fahrt zwischen Stettin und Büchen eintreffen, sind bescheiden und zurückhaltend geworden. Sie haben elf Jahre lang im Schatten schweigen gelernt. Die gutgenährten und warm gekleideten älteren Frauen und Männer oder Jugendlichen machen dennoch einen abgehärmten Eindruck und ihre Kleidungsstücke sind grau und abgeschabt.

Sie fahren aus den polnisch verwalteten Gebieten von jenseits der Oder und Neisse mit den wohlvertrauten deutschen Landschafts- und Städtenamen freiwillig im Sinne der engeren Familienzusammenführung zu ihren Angehörigen in die Bundesrepublik. Auf Grund der Dezemberbesprechungen zwischen dem polnischen und Deutschen Roten Kreuz wurde der Weg für Ehepaare zueinander, für Kinder zu den Eltern und umgekehrt freigemacht. Eine Möglichkeit für andere Menschen, zurückzukehren, gibt es noch nicht.

Die Transporte kommen in sauberen polnischen D-Zug-Liegewagen an, die nach dem Krieg in den Breslauer Linke-Hoffmann-Werken gebaut worden sind. Die freiwilligen Umsiedler dürfen allen Hausrat in reichlich bereitgestellten Güterwagen mitbringen. Es gibt keine Kontrollen und auch die Volkspolizei im gegenüberliegenden Schwandenheide ist großzügig und übergibt die Listen korrekt. Bei der Fahrt durch die Sowjetzone

hilft das örtliche Rote Kreuz den Weg mit heissen Getränken erleichtern.

Aus allen Gesprächen mit den freiwilligen Umsiedlern und den Helfern der freien Wohlfahrtsverbände geht hervor, dass die polnischen und ostzonalen Behörden ihre Verpflichtungen peinlich genau einhalten. Die vorgesehene Monatsquote ist sogar verdoppelt worden, so dass in Bächen zusätzlich Verpflegungszelte aufgestellt werden müssen.

Sehr oft sprechen acht- oder zwölfjährige Kinder kaum noch ein deutsches Wort. Wenn die Familien vereinzelt in polnischer Umgebung wohnen, gab es für die Kinder in den Schulen keinen Deutschunterricht mehr. In Breslau wird beispielsweise nur noch zwei Stunden Deutsch in der Woche gegeben. Gibt es aber starke deutsche Bevölkerungseinseln wie beispielsweise in Strehlen, wo noch 26 000 Deutsche wohnen, so hat sich die deutsche Sprache gut erhalten können und die polnischen Behörden waren zur Einrichtung deutschsprachiger Schulen bereit.

Voraussichtlich werden auch das Jahr 1957 hindurch monatlich 800 bis 1000 Menschen freiwillig aus ihrer angestammten Heimat nach Westdeutschland "auswandern" dürfen. Eine andere Frage ist jedoch, ob eines Tages eine Ausreise über die engere Familienzusammenführung hinaus gestattet wird. Rund 750 000 Anträge für Deutsche, die in den polnisch verwalteten Ostgebieten leben, sind in Westdeutschland gestellt worden. Man schätzt, dass rund zwei Millionen Deutsche jenseits von Oder und Neiße ausserdem ausreisen möchten, wenn sie dürften.

Das Rote Kreuz beabsichtigt, für diesen Bevölkerungskreis keine Verhandlungen aufzunehmen. Die Regelung dieser Fragen ist dem politischen Friedensvertrag und nicht den humanitären Vereinbarungen vorbehalten. Es bleibt zu hoffen, dass bis zu diesem Friedensvertrag in Europa ein Klima zustande gekommen ist, welches das Recht auf die Heimat garantiert. Ob dieses Klima allerdings durch Wettrüsten in zwei sich feindlich gesinnten deutschen Gebieten geschaffen werden kann, ist höchst fragwürdig.

Ein Kulturkampf findet nicht statt

sp. Die Regierungskrise in Nordrhein-Westfalen strebt mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP, den augenblicklichen Ministerpräsidenten zu stürzen und an seine Stelle den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Minister a.D. Fritz Steinhoff zu wählen, einer gesunden Klärung zu.

Wenn auch durch das Fehlen der Unterschrift des Zentrums unter dem Antrag für das konstruktive Misstrauensvotum der Eindruck entstehen könnte, dass bei 200 nordrhein-westfälischen Abgeordneten die 101 Abgeordneten der antragstellenden Parteien eine etwas schwache Basis für ihr Vorhaben hätten, so braucht in diesem Zusammenhang nur daran erinnert zu werden, dass auch der Bundeskanzler vom ersten Bundestag nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde.

Das Fehlen der Unterschrift des Zentrums unter dem Antrag kann überdies heute noch nicht als eine grundsätzliche Gegnerschaft zu einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gewertet werden. Schliesslich sassen SPD und Zentrum schon einmal gemeinsam in einer Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen sogar jahre lang unter einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Dem Zentrum ist das nicht einmal schlecht bekommen. Daran dürften sich seine Abgeordneten wohl auch erinnern, wenn der Landtag am kommenden Montag zur Neuwahl des Ministerpräsidenten schreitet.

Unabhängig wie die Entscheidung der einzelnen Abgeordneten dieser Partei, die sich in Nordrhein-Westfalen ja besonders der kulturpolitischen Anliegen verpflichtet glaubt, auch ausfallen wird, eines steht heute schon fest: selbst eine nur aus SPD und FDP bestehende Landesregierung würde niemals ein Kulturkampfkabinett werden, wie es die in die Enge getriebene CDU in den ihr nahestehenden Zeitungen mit oftmals sehr fragwürdiger Methoden immer wieder orakelt. Von massgeblicher sozialdemokratischer Seite wie auch von der FDP liegen schon heute in der Sache übereinstimmende Äusserungen und Erklärungen vor, die ganz eindeutig besagen, dass es auch zukünftig keinen Kulturkampf gibt, sondern die Kulturpolitik - wie in jedem demokratisch gerecht regierten Lande - so geführt wird, dass sie der politischen, soziologischen

und konfessionellen Struktur des Landes entspricht.

Die beiden kommenden grossen Regierungsparteien sind sich also schon aus ihrer Grundeinstellung heraus einig, eine Kulturpolitik zu führen, die nicht zuletzt der dann abgehaltene CDU beweisen wird, dass sie kein Monopol für eine wahrhaft christliche Politik besitzt. So ist allein aus dieser Tatsache ungeachtet der anderen sich abzeichnenden Grundzüge des kommenden Regierungsprogramms schon eine gute Voraussetzung für eine gedeihliche Regierungspolitik geschaffen.

Unklar ist dagegen, ob die CDU es verstehen wird, oder ob sie überhaupt gewillt ist, auch einmal eine so konstruktive Oppositionspolitik zu treiben, wie es die SPD während der letzten Jahre im nordrhein-westfälischen Landtag mit besonderem Erfolg tat. Ihre Sirenenklänge über einen angeblich drohenden Kulturkampf lassen schliesslich befürchten, dass sie die guten Lehren über die Rolle einer Opposition im Parlament, die Herr Arnold in einer Regierungserklärung anlässlich seines Amtsantrittes in der vorigen Legislaturperiode einmal an die SPD richtete, selbst nicht befolgen will.

+ + +

Zeugen gesucht

sp. Unter den Rückkehrern aus der Sowjetunion befanden sich auch etwa 18 Mitglieder des Lager-Wachpersonals des betreffenden NS-Konzentrationslagers Sachsenhausen. Einer von ihnen, Gustav Sorge, genannt "Eiserner Gustav", ist inzwischen verhaftet worden. Gegen ihn läuft ein Verfahren wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Es ist notwendig, dass alles identische Material beschafft wird, um Sorge und seinen Komplizen strafbare Handlungen nachzuweisen, da sonst die Gefahr besteht, dass die im Lager begangenen schauerlichen Verbrechen ungesühnt bleiben. In einem Rundschreiben des Organisationssekretariats des SPD-Vorstandes wurden die Bezirksorganisationen gebeten, alle Informationen und insbesondere die Benennung von Zeugen an die SPD, Bonn, Friedrich-Ebert-Allee, oder unmittelbar an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Bonn zu dem Aktenzeichen 8/Js 25/26 zu geben.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau